

PRESSEMITTEILUNG zur landesweiten Aktionswoche „Armut bedroht alle“ unter dem Motto „ARMUT IM KLIMAWANDEL – ökologisch – gesellschaftlich - sozial“ (17. bis 21. Oktober 2022)

**Jeder Sechste in Baden-Württemberg von Armut bedroht
Der PARITÄTISCHE Baden-Württemberg fordert dauerhafte Energiekostenkomponente beim Wohngeld und eine armutsfeste Grundsicherung**

Karlsruhe 18.10.2022 Laut Statistischem Landesamt (2019) sind 15,6 Prozent der Menschen in Baden-Württemberg armutsgefährdet. Das ist nahezu jeder Sechste. Der PARITÄTISCHE Baden-Württemberg warnt zum Auftakt der landesweiten Aktionswoche „Armut bedroht Alle“ (17. – 21.10.2022) vor einer drastischen Verschärfung der Armut infolge der Energiekrise und steigenden Inflation. Der Verband fordert eine dauerhafte Energiekostenkomponente beim Wohngeld, die die realen Preissteigerungen berücksichtigt. Der Regelsatz in der Grundsicherung müsse um 200 Euro erhöht und die Kosten für Wärme und Strom auch schon für dieses Jahr vollumfänglich übernommen werden.

„Menschen mit geringem Einkommen oder einer kleiner Rente leben oft in Wohnungen, die energetisch in einem schlechten Zustand sind. Für den Austausch alter, oft stromfressender Haushaltsgeräte, fehlt das Geld. Ein gewisser Verbrauch ist damit unumgänglich und Einsparungen bei den Heiz-, Strom und Warmwasserkosten nur begrenzt möglich“, sagt Ulf Hartmann, Vorstand des PARITÄTISCHEN Baden-Württemberg. Der einmalige Heizkostenzuschuss für Wohngeldbezieher*innen sei zu begrüßen, reiche aber nicht aus. Betroffene Haushalte müssten durch die Integration einer dauerhaft bestehenden Energiekostenkomponente ins Wohngeld nachhaltig entlastet und unterstützt werden. Für Energieunternehmen sei ein Verbot von Gas- und Stromsperren erforderlich. Niemandem dürfe in diesen Krisenzeiten Gas, Wasser oder Strom abgestellt werden, nur weil er mit seiner Rechnung im Verzug sei. Die sozialen und wirtschaftlichen Folgen für die betroffenen Haushalte wären unverhältnismäßig und verheerend.

Die geplante Erhöhung des Regelsatzes in der Grundsicherung ab Januar kommenden Jahres auf 502 Euro sei viel zu niedrig, so Hartmann weiter. „Das entspricht allenfalls einem Inflationsausgleich des bisherigen, ohnehin unzureichenden Regelsatzes, der auch noch viel zu spät kommt. Der Regelsatz muss sofort um 200 Euro erhöht und die Kosten für Wärme und Strom schon für dieses Jahr vollumfänglich übernommen werden. Als weitere spürbare Entlastung für einkommensarme Familien muss die im Koalitionsvertrag der Ampel-Koalition vereinbarte Kindergrundsicherung endlich umgesetzt werden.“

Renate Gissel, Geschäftsführerin des Kinderschutzbundes Karlsruhe, merkt dazu an: „Bei den Beratungsangeboten des Kinderschutzbunds wie dem Elterncafé oder der Familienberatung stellen wir einen stark zunehmenden Anstieg von Familien fest, die finanziell sehr belastet sind.“

Die Auswirkungen von Corona, wie Kurzarbeit oder Jobverlust sowie die Energiekrise und die hohe Inflation beeinflussen die finanzielle Situation der Familien negativ. Deutlich mehr Eltern rutschen in die Armut ab. Besonders Alleinerziehende sind stark betroffen. Die daraus resultierenden Existenz- und Zukunftsängste sind eine zusätzliche Belastung für die Psyche. Aufgrund des Fachkräftemangels und vieler krankheitsbedingter Engpässe bei den Ämtern, können Anträge oft erst nach wochen- oder monatelanger Wartezeit bearbeitet werden. Die Familien müssen lange auf ihr Geld warten und dramatische finanzielle Notlagen können entstehen. Deswegen wäre - so lange dieser Zustand weiterhin besteht - eine unbürokratischere Vorgehensweise bei der Genehmigung von Anträgen erforderlich. Zudem sind Hilfsangebote, wie beispielsweise die Tafelläden, aufgrund von Überlastung nicht mehr für alle Anspruchsberechtigten frei verfügbar.

Viele Eltern sind nicht ausreichend über die bestehenden Hilfsangebote informiert. Vor allem Familien mit Migrationshintergrund haben Schwierigkeiten sich einen guten Überblick zu verschaffen.

Ein gut strukturiertes Infoportal in leichter Sprache und in verschiedene Sprachen übersetzt bei dem alle Hilfsangebote, sowohl von der Stadt als auch von Vereinen gebündelt sind, wäre dringend erforderlich. In diesem Portal sollten Anträge sowie Unterstützungsangebote für alle Betroffenen leicht zu finden und leicht zu bearbeiten sein.“

„Durch Inflation und Energiekostenexplosion steigen die finanziellen Herausforderungen für Mieter*innen erheblich. Schon jetzt stellen wir fest, dass Mieter*innen von Erhöhungen betroffen und bedroht sind, sagt Susanne Pastor“, Geschäftsführende Vorständin bei SozPädAl.

„Die Politik muss diejenigen schützen, die über keine Reserven und Sparmöglichkeiten besitzen. Weil sie zu den Einkommensschwächsten zählen. Strom und Heizung muss im Rahmen der staatlichen Daseinsvorsorge für alle abgesichert und garantiert werden.

SOZPAEDAL fordert daher:

- Keine Kündigungen aufgrund von Mietrückständen durch erhöhte Nebenkosten
- Keine Stromsperrungen bei Zahlungsverzug. Dabei reicht es nicht, die Sperren einfach nur auszusetzen. Es muss eine langfristige Lösung für Betroffene geben.
- Energiepreise deckeln - egal, ob Strom, Gas oder Öl - es muss“

Hintergrundinformation:

Landesweite Aktionswoche „Armut bedroht Alle!“ vom 17.-22. Oktober 2022 unter dem Motto „Armut im Klimawandel“

Seit 2012 haben sich Basisinitiativen, DGB-Gewerkschaft und Sozialverbände in Baden-Württemberg zur Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg (LAK-BW) zusammengeschlossen, um gemeinsam die landesweiten Armutsthemen in die Landespolitik einzubringen. Das Besondere an der Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg ist, dass hier von Armut und Ausgrenzung betroffene Menschen mit den Verbänden partizipativ an einem Tisch sitzen.

Zu den Projekten der LAK-BW gehört die im Jahr 2003 gestartete, jährlich stattfindende landesweite Aktionswoche: Armut bedroht Alle! In diesem Jahr steht sie unter dem Motto „Armut im Klimawandel“. Der Klimawandel ist real, auch in Baden-Württemberg. Er wird die Lebensbedingungen unseres Planeten verändern. Er greift ein in die Grundlagen unseres Lebens. Alles wird beeinflusst: Alltag, Verkehr, Information, Ernährung, Wohnen, Bildung, Gesundheit, Sicherheit und Politisches System. Weitere Infos unter <https://www.armut-bedroht-alle.de/>

Der PARITÄTISCHE Baden-Württemberg ist einer der sechs anerkannten Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege. Er ist weder konfessionell, weltanschaulich noch parteipolitisch gebunden. Der Verband steht für Solidarität, soziale Gerechtigkeit und Teilhabe und wendet

sich gegen jegliche Form sozialer Ausgrenzung. Ihm sind in Baden-Württemberg über 900 selbständige Mitgliedsorganisationen mit insgesamt rund 4.000 sozialen Diensten und Einrichtungen angeschlossen sowie rund 40.000 freiwillig Engagierte. Weitere Infos unter www.paritaet-bw.de

Der PARITÄTISCHE Baden-Württemberg wurde 1948 gegründet und ist einer der sechs anerkannten Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege in der Bundesrepublik. Der PARITÄTISCHE ist weder konfessionell, weltanschaulich noch parteipolitisch gebunden. Ihm sind in Baden-Württemberg über 900 selbstständige Mitgliedsorganisationen mit insgesamt rund 4000 sozialen Diensten und Einrichtungen angeschlossen. Der PARITÄTISCHE steht für sachkundige und innovative Sozialarbeit zum Wohle des einzelnen Menschen und der Gesellschaft. (www.paritaet-bw.de)

Unser Regionalverbund Mittelbaden bildet sich aus den Kreisverbänden Baden-Baden/Rastatt und Karlsruhe und vereint zahlreiche Mitgliedsorganisationen und -einrichtungen aus vielen sozialen Arbeitsfeldern in der Region.

Kontaktperson:

Christian Braunagel, Regionalleitung, 0721-91230-21

Ansprechpersonen vor Ort:

Renate Gissel, Geschäftsführerin Deutscher Kinderschutzbund Karlsruhe, 0721-842208

Susanne Pastor, Geschäftsführende Vorständin SozPädAI, 0721-84089113